

Friedrich Kardinal Wetter

Statement für Pressekonferenz beim „Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ am 9. Februar 2007 im Evang.-Luth. Landeskirchenamt

Vor einigen Wochen wurden die Ergebnisse einer Umfrage nach dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland veröffentlicht. Dabei zeigte sich, dass viele Bürger – 51 Prozent – nicht zufrieden sind mit der „Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert“. Dieser Trend wird durch andere Umfragen bestätigt.

Man darf aus solchen Umfragen, die eine labile Stimmungslage anzeigen, sicher keine vorschnellen und falschen Schlüsse ziehen, etwa den: die Deutschen seien in ihrer Mehrheit demokratieverdrossen und lehnten gar das demokratische System ab. In einem Kommentar zu einer Studie der Forschungsgruppe Wahlen heißt es: „Bei aller Unzufriedenheit wird die Demokratie als optimale Staatsform nicht in Frage gestellt.“ (Dieter Roth, Mitverfasser der Studie in „Die Zeit“, Nr. 4 vom 18.1.2007) Dies festzuhalten ist sehr wichtig.

Die Stimmungslage, so sagen uns die Forscher, sei vor allem eine Benotung des politischen Geschehens. 82 Prozent der Deutschen glaubten, dass das Volk wenig zu sagen habe.

Es gibt demnach eine passive Einstellung vieler Menschen gegenüber dem politischen Geschehen. Sie glauben nicht, dass ihre konstruktive Mitarbeit bei der Gestaltung eines humanen und demokratischen Gemeinwesens, ihr Mitdenken und ihr Mitwirken überhaupt gefragt ist.

Dabei darf doch nicht vergessen werden, dass wir in einer parlamentarischen Demokratie leben, in der den Parlamenten durch die Wahlen vom Volk Entscheidungskompetenz und Entscheidungsauftrag übergeben und anvertraut wurden.

Politikverdrossenheit ist ein Appell an die verantwortlichen Politiker, diesen Sachverhalt ernst zu nehmen und sich der Auseinandersetzung mit den Bürgerinnen und Bürgern auf eine Weise zu stellen, dass diese sich vertreten fühlen. Dies ist umso dringlicher, als Wortführer politischer Extreme sehr bestrebt sind, das aufzugreifen, was Menschen bewegt, was sie denken und sagen, um es unverhohlen für ihre politischen Machenschaften zu instrumentalisieren.

Ich möchte nicht einem Populismus das Wort reden. Die Demokratie lebt aber von den Bürgerinnen und Bürgern. Die Verfassung ist nur die rechtliche Grundlage des geordneten Miteinanders. Doch sie muss mit Leben erfüllt werden. Das ist eine ständige Aufgabe. Die Demokratie braucht den Austausch und die Auseinandersetzung mit den auf Zeit in die politische Verantwortung gewählten Frauen und Männern, und diese müssen überzeugend und glaubwürdig sein. Die Bürgerinnen und Bürger müssen spüren, es geht um das Wohl des Volkes, dem die Parteien zu dienen haben.

In unserem „Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen“ sind wir in erster Linie nicht **gegen**, sondern vor allem **für** etwas. Wir treten für demokratische Werte und Tugenden ein. Das heißt konkret: Wir wollen die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger wecken und fördern, sich auf allen Ebenen aktiv für diese Werte einzusetzen, die grundgelegt sind in der unantastbaren Würde des Menschen – eines jeden Menschen.

Bürgerinnen und Bürger, die den demokratischen Staat als ihre Sache ansehen und nicht als ein anonymes Gegenüber, dem sie sich hilflos ausgeliefert fühlen, sind die besten Verbündeten in der notwendigen Auseinandersetzung mit politischen Extremen, insbesondere auch mit dem Rechtsextremismus.

Zu den demokratischen Tugenden gehört notwendigerweise die sachliche Auseinandersetzung. In der öffentlichen Bewertung dieser Auseinandersetzung sollte auch bei der medialen Vermittlung nicht immer gleich von Streit im Sinne von ärgerlichem Gezänk gesprochen und so einem falschen Harmoniebedürfnis das Wort geredet werden. Zur Demokratie gehört auch die Streitkultur, bei der um die Sache wie um Personen kontrovers diskutiert, ja auch gestritten wird. Aber es muss eine Streitkultur sein, die Niveau hat. Und es muss deutlich werden, dass die Kontrahenten eine gemeinsame Basis haben und ein gemeinsames Ziel, nämlich das Gemeinwohl. Und auch komplizierte Fragestellungen müssen verstehbar vermittelt werden. Das geschieht zu wenig, so dass viele für so manche Auseinandersetzung kein Verständnis aufbringen können.

Ich möchte dazu auffordern, dass einerseits die Frauen und Männer in politischer Verantwortung den Menschen wirklich das Gefühl vermitteln, dass sie ernst genommen werden und in den politischen Entscheidungsprozessen eine Rolle spielen. Ich möchte aber auch die Bürgerinnen und Bürger bitten, sich nicht einfach zurückzulehnen oder sich in die vermeintlich geschützte Nische von Nichtwählern zurückzuziehen, als ginge sie das politische Geschehen nichts mehr an. Vor allem aber wäre es ganz falsch, zu glauben, mit der Wahl politischer extremer Parteien lasse sich eine wirkungsvolle Veränderung erzielen. Wer die Extreme stärkt, schwächt unser demokratisches Gemeinwesen und gefährdet es so.

Die humane Gestaltung unseres Gemeinwesens ist die Sache aller, der sich niemand entziehen darf. Ich bin zuversichtlich, dass unser Bündnis für Toleranz dazu beiträgt, demokratische Tugenden zu wecken und zu stärken. Die Bereitschaft zu konstruktiver Mitwirkung bei der Gestaltung unseres Gemeinwesens auf der Grundlage unserer Verfassung und des ihr zugrunde liegenden Menschenbildes ist der wirksamste Schutz gegen politischen Radikalismus.